

DER VERTEILENDE STAAT: ANSATZE ZU EINER THEORIE DER UMVERTEILUNG*

H. Geoffrey Brennan und James M. Buchanan

Dieser Beitrag befaßt sich mit zwei Fragen und besteht dementsprechend aus zwei Teilen. Bei der ersten Frage geht es um die Entwicklung eines Bezugsrahmens für die Analyse von Verteilungsproblemen — eines Bezugsrahmens, der sich von den üblicherweise verwendeten um einiges unterscheidet und unserer Meinung nach bei weitem befriedigender ist. In Teil A versuchen wir, diesen Bezugsrahmen zu entwickeln und ihn bis zu einem gewissen Grad zu verteidigen.

Der zweite Teil unserer Diskussion umfaßt einen vorläufigen Entwurf der Art von Analyse, wie unser Bezugsrahmen sie nahelegt. Der Entwurf wird hier wiedergegeben, weil er einen Vorgeschmack auf die analytischen Implikationen unseres Ansatzes bietet. Wir möchten jedoch betonen, daß dies nicht mehr als ein erster Versuch auf einem Forschungsgebiet ist, auf das wir in weiterer Arbeit erheblich detaillierter einzugehen beabsichtigen. In diesem Stadium ist es eher unser Ziel, fachliche Zustimmung dazu zu erlangen, ob wir zweckmäßige Fragen gestellt haben, als dazu, ob die skizzenhaften Antworten hinreichend sind: Die Frage „richtig“ zu stellen, ist das Entscheidende. Unserer Meinung nach ist man in der Fachwelt im allgemeinen so weit noch nicht vorgedrungen.

TEIL A: DER ANALYTISCHE BEZUGSRAHMEN

A.I. Die Fragestellung

Unter Ökonomen und Sozialphilosophen im allgemeinen hat das Thema „Verteilungsgerechtigkeit“ traditionsgemäß große Beachtung gefunden. Fast ausnahmslos strebt die Literatur zu diesem Thema danach, Idealvorstellungen über die Verteilung zu entwickeln und auf der Grundlage dieser Ideale die gewünschte Umverteilung aufzuzeigen. Mittelbar, wenn auch nicht direkt, werden mit der Feststellung von „Distributionsversagen“ bei gegebenen Verteilungssituationen „Korrekturmaßnahmen“ gerechtfertigt, die die Verteilung entsprechend abgeleiteter Normen verbessern sollen. Stets werden solche Korrekturmaßnahmen als eine politische Aufgabe beziehungsweise als eine Aufgabe der Regierung angesehen.

Es sollte jedoch klar sein, daß „Distributionsversagen“ kein ausreichender Grund für staatliche Eingriffe in die Institutionen ist, die das beobachtete Verteilungsergebnis hervorbringen. Der Nachweis eines solchen

* Vortrag anlässlich des Kolloquiums des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln am 10. Februar 1981.
Übersetzt von Dipl.-Volksw. M. Kurn.